

INHALT

- | | |
|---|---|
| 22. Richtlinie der Landesregierung über die Gewährung einer Covid-19 Sonderförderg. an Gemeinden und Gemeindeverbände | materienspezifische Sonderregelungen im Tiroler COVID-19-Gesetz |
| 23. Covid 19 - Haushaltsrechtliche Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität von Gemeinden und Gemeindeverbänden | 25. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2020 |
| 24. COVID-19-Lockerungsverordnung; Auswirkungen auf horizontale und | 26. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2020 |
| | Verbraucherpreisindex für März 2020 (vorläufiges Ergebnis) |

22.

Richtlinie der Landesregierung über die Gewährung einer Covid-19 Sonderförderung an Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 28. April 2020 folgende Richtlinien beschlossen:

„Richtlinie der Landesregierung vom 28. April 2020 über die Gewährung einer Covid-19 Sonderförderung an Gemeinden und Gemeindeverbände

A) Gegenstand der Förderung:

Folgende Investitionsvorhaben werden gefördert:

a) *Neubau, Erweiterung und Sanierung insbesondere folgender Investitionsvorhaben: Gemeindeämter, Bau- und Recyclinghöfe, Abfallentsorgungseinrichtungen, Wohn- und Pflegeheime sowie Gebäude für teilstationäre Pflegeangebote, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, Friedhöfe und Aufbahnhallen, Mehrzweck-/Veranstaltungsgebäude, sonstige Kinder- und Jugendeinrichtungen (Horte, Kinderspielplätze,...), Musikschulen, Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen, Einrichtungen zur regionalen Verbesserung der sozialen Grundversorgung*

b) *Schutzwasserbauten und vergleichbare Vorhaben*

c) *Sonstige Vorhaben, die von der Gemeinde verwirklicht werden bzw. bei denen die Gemeinde einen finanziellen Beitrag aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung leistet, wie Vereinsräumlichkeiten, Sportanlagen, Kulturprojekte, Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr und Radwege, sofern diese Vorhaben im öffentlichen Interesse der Gemeinde gelegen sind*

d) *Feuerwehrgerätehäuser*

Von der Förderung ausgeschlossen sind Investitionsvorhaben, bei denen fossile Energieträger verwendet werden.

B) Fördernehmer, Art der Förderung:

Die Förderung wird an Gemeinden und Gemeindeverbände ausschließlich als Anschlussförderung zur Förderung nach der Richtlinie für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeinde-

verbände gewährt.

C) Höhe der Förderung:

a) Bei bestehenden und bereits durch den Gemeindeausgleichsfonds finanzierten Vorhaben wird als Grundlage der Förderung der nach Abzug von sonstigen Förderungen einschließlich Bedarfszuweisungen verbleibende Eigenmittelanteil herangezogen. Hier wird eine weitere Förderung in Höhe von bis zu 50% des Eigenmittelanteils gewährt.

b) Bei der Ermittlung der Höhe der Förderung ist auf die Finanzkraft der Gemeinde und die sich aufgrund der Covid-19-Pandemie ergebenden Einnahmehinfortfälle der Gemeinde Bedacht zu nehmen. Diese sind von der Gemeinde glaubhaft zu machen.

c) Neue Projekte, bei denen eine grundsätzliche Förderwürdigkeit nach den Bedarfszuweisungsrichtlinien gegeben ist, kann eine Top Up Förderung von max. 30% der gesamten Investitionssumme gewährt werden.

d) Für Gebäude, bei welchen besondere ökologische Techniken zur Anwendung kommen (Liste der hocheffizienten Gebäudetechniken lt. Wohnbauförderung), kann eine Zusatzförderung von bis zu 5% gewährt werden. Hier ist ebenfalls lit. b. sinngemäß anzuwenden.

e) Für Gebäude, welche zur Herstellung der Barrierefreiheit (zB für mobilitätseingeschränkte Personen aber auch für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen oder barrierefreie Arbeitsplätze in diesen Gebäuden) saniert werden, kann eine Zusatzförderung von bis zu 10% gewährt werden.

D) Schlussbestimmungen:

Die Gewährung der Förderung erfolgt aus Mitteln des Gemeindeausgleichsfonds, welchem für diesen Zweck seitens des Landes der Betrag von 40 Millionen Euro zugeführt wird.

Auf das Verfahren und die Auszahlung der Förderung ist die Richtlinie für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (§ 12 Abs. 5 Finanzausgleichsgesetz 2017) anzuwenden.“

Die Tiroler Landesregierung hat den Beschluss gefasst, den Tiroler Gemeinden zur Bewältigung der finanziellen Einbußen aufgrund der Covid - 19 Pandemie Finanzhilfen bis zu 70 Mio. Euro zu gewähren: Davon sollen 40 Mio. Euro den Tiroler Gemeinden für Investitionen zur Verfügung gestellt werden um zu gewährleisten, dass Investitionen, insbesondere in Bauvorhaben, durchgeführt werden. Dafür soll dem Gemeindeausgleichsfonds seitens des Landes ein Betrag von insgesamt 40 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Mit den gegenständlichen Richtlinien wird die Grundlage für die Gewährung der Covid-19 Sonderförderung an Gemeinden und Gemeindeverbände geschaffen. Da die Förderung aus dem Gemeindeausgleichsfonds gewährt wird, soll auf das Verfahren und die Auszahlung der Förderung die Richtlinie für die Gewährung von Bedarfszuweisungen Anwendung finden. Diese wurde von der Landesregierung zuletzt mit Beschluss vom 26. November 2019 geändert.

Weiters haben die Gemeinden aufgrund der Coronakrise mit erheblichen Einnahmehinfortgängen insbesondere auch bei den Abgabenertragsanteilen zu rechnen. Zur teilweisen Kompensation dieser Rückgänge soll den Gemeinden seitens des Landes Tirol im Jahr 2020 zur Stärkung ihrer Liquidität eine Finanzausweisung in Höhe von 30 Mio. Euro gewährt werden. Die Gewährung dieser Finanzausweisung soll in Form einer Schlüsselzuweisung erfolgen und je zur Hälfte nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und nach der Volkszahl auf die einzelnen Gemeinden aufgeteilt werden.

Hingewiesen wird, dass mit den beschlossenen Fördermaßnahmen die Einnahmehinfortgänge der Gemeinden aufgrund der COVID-19 Pandemie lediglich teilweise kompensiert werden können.

23.

Covid 19 - Haushaltsrechtliche Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität von Gemeinden und Gemeindeverbänden

1) Kassenstärker - Obergrenze:

Gemäß § 84 Abs. 3 TGO kann die Gemeinde, soweit Auszahlungen des Haushaltes nicht rechtzeitig geleistet werden können, Kassenstärker aufnehmen. Kassenstärker sind Instrumente der kurzfristigen Liquiditätsvorsorge, wie Kontokorrentkredite oder Barvorlagen, um jederzeit die Erfüllung fälliger Verpflichtungen der Gebietskörperschaft gewährleisten zu können. Kassenstärker sind nach Möglichkeit innerhalb eines Jahres zurückzuzahlen; dem Gemeinderat ist über ihre Ausschöpfung laufend zu berichten. Kassenstärker dürfen in Summe den Gesamtbetrag eines Zehntels der im Rechnungsabschluss des zweitvorangegangenen Jahres ausgewiesenen Erträge (Einnahmen) nach Abschnitt 92 der Anlage 2 zur Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 nicht übersteigen. Eine Überschreitung dieser Betragsgrenze ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.

Hinweis für Gemeindeverbände: Als Betragsgrenze für die Festlegung von Kassenstärkern sind zehn Prozent der gesamten Erträge (Einnahmen) des zweitvorangegangenen Jahres heranzuziehen.

In der derzeitigen Situation kann in Zusammenhang mit Liquiditätsengpässen in Bezug auf die Festsetzung der Betragsgrenze bei Kassenstärkern die Ausnahmeregelung für Überschreitungen angewendet werden, wenn Gemeinden mit der in der Tiroler Gemeindeordnung vorgesehenen Betragsgrenze nicht das Auslangen finden. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass es sich bei der derzeitigen Situation um einen „begründeten Ausnahmefall“ iSd zitierten Gesetzesbestimmung handelt, die das Überschreiten der Betragsgrenze zulässt. Als Begründung für die Überschreitung der Betragsgrenze bei Kassenstärkern könnten die zukünftig zu erwartenden Aufkommenseinbußen bei den Abgabenertragsanteilen, der Kommunalsteuer oder sonstigen Einzahlungen herangezogen werden, durch die eine Überziehung der Konten notwendig wird, um die Liquidität der Gemeinde zu sichern. Die Gemeinde hat jedenfalls zu begründen, warum im konkreten Anlassfall eine Überschreitung der Betragsgrenze erforderlich ist.

2) Stundungen von Gemeindedarlehen:

Stundungen von Gemeindedarlehen, bei denen es zu keiner Änderung des Darlehensvertrages kommt, bedürfen keinen Gemeinderatsbeschluss und keiner aufsichtsbehördlicher Genehmigung - z. B. Stundungen von Raten für einen kurzfristigen Zeitraum (von etwa sechs Monaten), die nicht kapitalisiert werden und die Laufzeit des Darlehens nicht verlängern. Eine vertragliche Änderung wäre insbesondere eine Laufzeitverlängerung, die Anpassung von Darlehenskonditionen oder die Änderung von Annuitäten.

Wenn sich herausstellt, dass die gestundeten Raten bis zum vereinbarten Zeitpunkt nicht abgedeckt werden können und eine Verlängerung der Laufzeit bzw. eine Kapitalisierung erforderlich sein sollte, ist sowohl ein Gemeinderatsbeschluss als auch eine aufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich.

3) Nachtragsvoranschlag:

Gemäß § 97 TGO hat der Gemeinderat zum Haushalt einen Nachtragsvoranschlag festzusetzen, wenn sich im Lauf des Finanzjahres ergibt, dass

- a) der im Voranschlag vorgesehene Ausgleich der Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen auch bei Ausnützung aller Möglichkeiten nur durch eine Änderung des Voranschlages erreicht werden kann oder
- b) erhebliche Mittelverwendungen, die im Voranschlag nicht oder nicht in ausreichender Höhe vorgesehen sind, geleistet oder zu leisten übernommen werden müssen.

Die Nachtragsvoranschläge sind in gleicher Weise wie der Voranschlag festzusetzen.

Wenn der Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung im Finanzierungshaushalt (Anlage 1b VRV 2015 - Saldo 5) negativ ist, ist zusätzlich zu begründen, wie dieser negative Saldo abgedeckt werden soll. Wenn die Abdeckung eines negativen Saldos im Finanzierungshaushalt nicht möglich ist, ist die Erstellung eines Nachtragsvoranschlags zu prüfen.

4) Investitionen/Vorhaben:

Es wird empfohlen, sämtliche geplante Investitionen und Vorhaben nach ihrer Größenordnung, Dringlichkeit und Finanzierung zu überprüfen und deren Realisierung im Hinblick auf den im Finanzjahr 2020 zu erwartenden erheblichen Rückgang der Mittelaufbringungen der Gemeinden, insbesondere der Abgabenertragsanteile sowie der Kommunalsteuer neu zu bewerten.

5) Budgetsperre:

Die Gemeinden werden eindringlich ersucht, den Voranschlag 2020 mit der gebotenen Vorsicht zu vollziehen.

Gem. § 95 Abs. 2 TGO kann der Gemeinderat bestimmen, dass die Mittel der Gemeinde ganz oder teilweise erst nach einem festgesetzten Zeitpunkt, dem Eintritt einer Bedingung oder der ausdrücklichen Freigabe durch den Gemeinderat oder des hiezu ermächtigten Organs verwendet werden dürfen.

Um zu vermeiden, dass beim zeitlichen Vollzug des Voranschlags Liquiditätslücken entstehen, die durch Kassenstärker überbrückt werden müssen, können vom Gemeinderat oder des von ihm hiezu ermächtigten Organs bestimmte Mittel auf eine gewisse Zeit innerhalb der Voranschlagsperiode gesperrt werden (Haushaltssperren).

6) Abgabenertragsanteile:

Hinsichtlich der Entwicklung der Einnahmen aus den Abgabenertragsanteilen bestehen naturgemäß große Unsicherheiten. Vom Bundesministerium für Finanzen wurde Ende April eine aktualisierte Schätzung der kassenmäßigen Ertragsanteile veröffentlicht.

Gegenüber der Schätzung vom Oktober des Vorjahres werden die Gemeindeertragsanteile in Tirol im Jahr 2020 um rd. 6,2 % (2021 - rd. 8,8 %) geringer ausfallen. Laut BMF ist diese Steuerschätzung aufgrund der unsicheren Wirtschaftsentwicklung im Zusammenhang mit der aktuellen Krise mit äußerster Vorsicht zu interpretieren.

Andere Quellen wie der Österreichische Gemeindebund und das KDZ schätzen den Rückgang bei den Gemeindeertragsanteilen auf bis zu - 10 %. Aktuell wirkt sich der Steuerausfall bereits auf die Ertragsanteile-Monatsabrechnungen Mai (- 12,4 %) und Juni (-29,9 %) aus.

Nach einem Tiefstand bei der Juli-Abrechnung wird ab dem Monat August mit einer langsamen Erholung gerechnet. Letztendlich wird sich erst in einigen Monaten zeigen wie rasch die aktuellen Rückgänge kompensiert werden können.

24.

COVID-19-Lockerungsverordnung; Auswirkungen auf horizontale und materienspezifische Sonderregelungen im Tiroler COVID-19-Gesetz

1. Allgemeines:

a. Mit 1. Mai 2020 ist die COVID-19-Lockerungsverordnung - COVID-19-LV, BGBl. II Nr. 197/2020, in Kraft getreten; sie tritt mit Ablauf des 30. Juni 2020 außer Kraft. Diese Verordnung ersetzt die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung und Verbreitung von COVID-19, BGBl. II Nr. 96/2020, und die Verordnung gemäß § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmegesetzes, BGBl. II Nr. 98/2020, die mit dem Ablauf des 30. April 2020 außer Kraft getreten sind (vgl. § 13 COVID-19-LV).

Beide vorhin genannten Verordnungen sahen - gestützt auf das COVID-19-Maßnahmegesetz - zur Verhinderung

der weiteren Ausbreitung von COVID-19 weitreichende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte vor.

Neben einem weitgehenden Verbot des Betretens des Kundenbereiches von Betriebsstätten des Handels und von Dienstleistungsunternehmen sowie von Freizeit- und Sportbetrieben bestanden diese Einschränkungen vor allem in einem allgemeinen Verbot des Betretens öffentlicher Orte, von dem es nur bestimmte taxativ vorgesehene Ausnahmen gab. Korrespondierend dazu war auch die Benützung von Massenverkehrsmitteln beschränkt.

Vor allem durften nicht im Freien gelegene öffentliche Orte, zu denen auch Amtsgebäude bzw. -räumlichkeiten zählten, nur ganz eingeschränkt, im Wesentlichen aus beruflichen Gründen und von Parteienseite nur im Fall dringlicher und persönlich zu klärender Anliegen, aufgesucht werden.

Für Tirol bestanden darüber hinaus spezifische, noch restriktivere Quarantänevorschriften. So standen bis zum 7. April 2020 alle Gemeinden des Landes unter Quarantäne, die Gemeinden des Paznaunales, St. Anton am Arlberg und Sölden standen bis zum 23. April 2020 unter Quarantäne.

Mit dem Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz, LGBl. Nr. 51/2020, wurde ein Rechtsrahmen geschaffen, um auf diese Situation angemessen reagieren zu können. Kernstück ist das Tiroler COVID-19-Gesetz, das - soweit hier von Belang - für die Dauer behördlicher Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 bestehen, eine Reihe von Sonderregelungen vorsieht, die horizontal für die gesamte Landesrechtsordnung gelten (vgl. Art. 1 leg.cit.). Flankierend wurden in etlichen Landesrechtsbereichen materien-spezifische Sonderregelungen getroffen (vgl. die Art. 2 ff leg.cit.).

b. Soweit das Tiroler COVID-19-Gesetz und die einschlägigen materienspezifischen Sonderregelungen auf das Bestehen und die Dauer der erwähnten, zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geltenden behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte abstellen („während der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 bestehenden behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte“) und daran anknüpfend Sonderbestimmungen vorsehen, bezwecken diese die weitestmögliche Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Landes- und der Gemeindeverwaltung ungeachtet der Erschwernisse, die mit diesen Beschränkungen hierfür einhergehen. Es handelt sich dabei um **temporär geltende Ausnahmebestimmungen, die nur solange anzuwenden sind, wie es ihr Zweck erfordert** (dies kommt etwa auch in den EBRV zum Tiroler COVID-19-Gesetz, Tir LT GZ 51/2020, 7, hinsichtlich der organisationsrechtlichen

Bestimmungen deutlich zum Ausdruck, wenn es dort heißt, dass „besondere gesetzliche Vorkehrungen erforderlich [sind], um die Handlungsfähigkeit von Kollegialorganen [...] zu gewährleisten“). Folglich **verlieren diese ihren Anwendungsbereich** nicht nur im Fall des gänzlichen Wegfalls der in Rede stehenden Einschränkungen, sondern auch dann, wenn diese hinsichtlich ihrer Art und Intensität in einer Weise reduziert werden, dass die Funktionsfähigkeit der Verwaltung auch ohne sie wiederum gewährleistet ist.

Eben diese Situation ist mit dem Inkrafttreten der COVID-19-Lockerungsverordnung eingetreten:

Insbesondere besteht nun kein nur von bestimmten Ausnahmen durchbrochenes Verbot des Betretens öffentlicher Orte mehr. Öffentliche Orte sowohl im Freien als auch in geschlossenen Räumen dürfen unter Einhaltung der gesundheitspolizeilichen Vorschriften (im Wesentlichen Einhaltung des Mindestabstandes und in geschlossenen Räumen auch Tragen eines Mund- und Nasenschutzes) betreten werden. Auch Massenförderungsmittel dürfen unter derselben Voraussetzung wieder uneingeschränkt benützt werden (vgl. § 1 leg.cit.).

Weiters ist in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens (auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen werden muss) eine weitgehende Öffnung erfolgt, an die Stelle der bisherigen Verbote ist auch dort die Pflicht zur Einhaltung der erwähnten gesundheitspolizeilichen Vorschriften getreten. Der Wegfall dieser Einschränkungen scheint deshalb besonders relevant, weil damit behördliche Einrichtungen, insbesondere Amtsgebäude und -räumlichkeiten, wieder für jedermann ohne Einschränkung in Bezug auf bestimmte Zwecke erreichbar sind. Damit sind insbesondere auch Kundmachungen an der Amtstafel der Behörde wiederum möglich, ohne dass es hierzu flankierender Maßnahmen bedarf.

Besonders wesentlich ist im gegebenen Zusammenhang aber die **Ausnahme nach § 11 Abs. 1 Z 3 COVID-19-Lockerungsverordnung**. Danach **gilt diese nicht für „Tätigkeiten im Wirkungsbereich der Organe der Gesetzgebung und Vollziehung.“** Von der Bereichsausnahme der Vollziehung ist jedenfalls die gesamte Verwaltung einschließlich der territorialen und sonstigen Selbstverwaltung umfasst.

Damit unterliegt die Verwaltungstätigkeit selbst keinen spezifischen Beschränkungen mehr (dies selbstverständlich unbeschadet der Verantwortung des Verwaltungsträgers, für die erforderlichen Schutzvorkehrungen aus gesundheitspolizeilicher Sicht zu sorgen). Im Besonderen betrifft diese Ausnahme die Tätigkeit von Kollegialbehörden und sonstigen Kollegialorganen, einschließlich jener der Selbstverwaltungskörper. Diese können wieder uneingeschränkt zusammentreten, einer ausnahmsweisen Beschlussfassung im Umlaufweg oder per Videokonferenz bedarf es nicht mehr.

c. Das Inkrafttreten der COVID-19-Lockerungsverordnung bewirkt aber nicht, dass die in Rede stehenden Bestimmungen insbesondere des Tiroler COVID-19-Gesetzes endgültig ihren Anwendungsbereich verloren hätten. Dieser würde vielmehr wieder aufleben, sollten infolge einer ungünstigen Entwicklung neuerlich weitergehende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte in Kraft gesetzt werden, um so der weiteren Verbreitung von COVID-19 entgegenzuwirken. Ob dann die Relevanzschwelle (wieder) erreicht ist, wäre gegebenenfalls anhand der vorhin beschriebenen Kriterien zu beurteilen.

2. (Derzeit) Nicht mehr anwendbare Sonderbestimmungen des Tiroler COVID-19-Gesetzes:

a. Die folgenden Bestimmungen des Tiroler COVID-19-Gesetzes stellen auf die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 bestehenden behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte ab und sind daher **seit dem 1. Mai 2020 bis auf weiteres nicht mehr anzuwenden**.

- **§ 9 Abs. 2** betreffend die Übermittlung von Rechtsakten bzw. Auszügen hiervon im Zusammenhang mit Kundmachungen an der Amtstafel bzw. durch Auflegung zur öffentlichen Einsichtnahme;
- **§ 10 Abs. 1** betreffend die Sistierung gesetzlich vorgesehener Termine in haushaltsrechtlichen Angelegenheiten; die betreffenden Amtshandlungen bzw. Beschlussfassungen über Rechnungsabschlüsse und Voranschläge werden nunmehr ehestmöglich, längstens aber binnen zwei Monaten nachzuholen sein (siehe zur allenfalls gesetzlich angeordneten Auflegung vor Beschlussfassung unten Pkt.3.).
- **§ 13** betreffend die Sistierung von Bestimmungen über turnusmäßige Sitzungen von Kollegialorganen;

- **§ 14** betreffend Beschlussfassungen im Umlaufweg;

Wurde jedoch bis zum 30. April 2020 ein Umlaufbeschluss in die Wege geleitet, so wird davon auszugehen sein, dass diese Bestimmung für das Zustandekommen des Beschlusses weiter gilt, und zwar auch dann, wenn die nach Abs. 1 zweiter Satz gesetzte Frist erst nach dem 30. April 2020 endet.

- **§ 15** betreffend Videokonferenzen;
- **§ 16** betreffend die Sistierung von Bestimmungen über die Einleitung und Ausschreibung von Volksbefragungen, Volksbegehren, Volksabstimmungen und der Bürgerinitiative.

b. **Weiterhin anwendbar** bleibt **§ 11** des Tiroler COVID-19-Gesetzes betreffend Berichtspflichten und Tätigkeitsberichte, weil dieser darauf abstellt, dass die Verpflichtung zur Berichterstattung im Zeitraum zwischen dem 15. März 2020 und dem 1. August 2020 schlagend wird.

Gleiches gilt für **§ 12** des Tiroler COVID-19-Gesetzes betreffend die Verlängerung der Funktionsdauer von Organen und Mitgliedern von Kollegialorganen bis zum 31. Dezember 2020.

c. Wie vorhin unter lit. a erwähnt, ist es **landesgesetzlich eingerichteten Kollegialorganen** aktuell nicht mehr möglich, ausnahmsweise gestützt auf die §§ 14 und 15 des Tiroler COVID-19-Gesetzes Beschlüsse im Umlaufweg oder per Videokonferenz zu fassen.

Diese müssen daher wiederum persönlich zu Sitzungen zusammentreten, außer es wäre organisations- oder materiengesetzlich vorgesehen, dass Beschlüsse (allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen) auch im Umlaufweg oder per Videokonferenz gefasst werden können (wie das etwa für die Landesregierung, die Gemeindevorstände und den Stadtsenat in Innsbruck oder für die Organe der kollegialen Justizverwaltung des Landesverwaltungsgerichts der Fall ist).

Sollten solche Regelungen im jeweiligen dortigen Aufgabenbereich kurzfristig als zweckmäßig bzw. notwendig erachtet werden, so wird gebeten, dies der Abteilung Verfassungsdienst mit entsprechender Begründung und einem Regelungsvorschlag in Form einer Puntation bis zum 15. Mai 2020 mitzuteilen. In diesem Fall könnten die dazu erforderlichen legislativen Maßnahmen ggf. politisch akkordiert und vorbereitet werden.

So schiene es etwa denkbar, Umlaufbeschlüsse in dringlichen Angelegenheiten zuzulassen oder für den Fall, dass Kollegialorgane aufgrund außerordentlicher Verhältnisse an einem persönlichen Zusammentreten vorübergehend gehindert sind, vorzusehen, dass Sitzungen auch in Form einer Videokonferenz stattfinden können.

Dabei gilt es jedoch zu bedenken, dass gerade in behördlichen Belangen der Beratung, die der Beschlussfassung regelmäßig vorausgeht, ein erhebliches Gewicht zukommt, was jedenfalls bei Kollegialbehörden einer alternativen Entscheidungsfindung im dargelegten Sinn enge Grenzen setzen dürfte. So wird die Beschlussfassung über die abschließende (Sach-) Entscheidung regelmäßig das persönliche Zusammentreten erfordern, was eine Einschränkung der Entscheidungsfindung im Umlaufweg bzw. per Videokonferenz auf bestimmte (vorbereitende) Beschlüsse nahelegen könnte. Nicht zuletzt dürfte die Zweckmäßigkeit solcher Regelungen aber auch von der Zusammensetzung und der Größe der betreffenden Organe abhängen.

3. Wegfall der Beschränkungen für Auflegungsverfahren (§ 8 und 10 Abs. 2 des Tiroler COVID-19-Gesetzes in Verbindung mit der Tiroler COVID-19-Auflegungsverordnung):

Der Zeitraum, während dessen Entwürfe von Verordnungen oder haushaltsrechtliche Entwürfe nicht rechtswirksam zur allgemeinen Einsicht aufgelegt werden konnten (dies mit der Wirkung, dass die Auflegung zu wiederholen ist, wenn ihr Beginn in diesen Zeitraum gefallen ist oder die Auflegung zu Beginn dieses Zeitraumes bereits im Laufen war), dauerte vom 5. März bis zum Ablauf des 6. April 2020, in den Gemeinden im Paznauntal (Galtür, Ischgl, Kappl, See), St. Anton am Arlberg und Sölden bis zum Ablauf des 22. April 2020 (Beendigung der Quarantänemaßnahmen).

Daran anknüpfend bestehen folgende Rechtsvorschriften:

- § 11 Abs. 5 TROG 2016 in der Fassung des Art. 39 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend die Hemmung der (Erlöschens-)Frist zur Herbeiführung einer der Ausnahme von einem Raumordnungsprogramm entsprechenden Widmung als Sonderfläche oder Vorbehaltsfläche;

- § 31c Abs. 5 TROG 2016 in der Fassung des Art. 39 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend die Verlängerung der Frist zur Fortschreibung von örtlichen Raumordnungskonzepten.

4. Anwendung der §§ 1 bis 4 des Verwaltungsrechtlichen COVID-19-Begleitgesetzes (§ 1 Tiroler COVID-19-Gesetz):

Es wird darauf hingewiesen, dass

- der Unterbrechungszeitraum für verfahrensrechtliche Fristen nach § 1 des Verwaltungsrechtlichen COVID-19-Begleitgesetzes mit dem Ablauf des 30. April 2020 endet und die Fristen am 1. Mai 2020 neu zu laufen beginnen (kein Hinweis in Rechtsmittelbelehrungen mehr erforderlich);
- der Hemmungszeitraum für Fristen nach § 2 des Verwaltungsrechtlichen COVID-19-Begleitgesetzes mit dem Ablauf des 30. April 2020 endet, die Fristen mit 1. Mai 2020 wieder weiterlaufen und Entscheidungsfristen verlängert sind;
- § 3 des Verwaltungsrechtlichen COVID-19-Begleitgesetzes betreffend mündliche Verhandlungen etc. mit dem 2. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 16/2020, eine neue Fassung erhalten hat.

5. Landesgesetzliche Regelungen betreffend den Fristenlauf (§§ 2, 3 und 4 Tiroler COVID-19-Gesetz in Verbindung mit der Tiroler COVID-19-Fristenverordnung):

Der zeitliche Geltungsbereich der §§ 2, 3 und 4 Tiroler COVID-19-Gesetz, welcher am 15. März 2020 begonnen hat, endet erst mit dem Ablauf des 31. Mai 2020, sodass die Bestimmungen über die Unterbrechung oder Hemmung des Fristenlaufes bzw. über fortlaufende Fristen bis dahin weiter gelten.

Daran anknüpfend bestehen folgende Rechtsvorschriften:

- § 5 Abs. 11 Gemeindegesetz in der Fassung des Art. 18 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend die (weiterlaufende) Bewerbungsfrist als Sprengelarzt;
- § 22 Abs. 5 Tiroler Jagdgesetz 2004 in der Fassung des Art. 24 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend die Wiederholung der Kundmachung der Versteigerung einer Genossenschaftsjagd;
- § 7 Abs. 5 des Tiroler Tierseuchenfondsgesetzes in der Fassung des Art. 25 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend die Frist zur öffentlichen

Einsicht in die Beitragsliste;

- § 17 Abs. 1a Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996 in der Fassung des Art. 38 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend die Frist zur Vorlage von Urkunden;
- § 20 Abs. 9 Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996 in der Fassung wie vor betreffend Fristen im Versteigerungsverfahren.

6. Materienspezifische Sonderregelungen:

Schließlich wurden mit dem Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz eine Reihe materiengesetzlicher Sonderregelungen geschaffen, deren Auslegung und Anwendung nach der Geschäftseinteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung der jeweils zuständigen Organisationseinheit obliegt, wobei dies durch die vorstehenden Ausführungen zur (derzeit) nicht mehr gegebenen Anwendbarkeit von Sonderbestimmungen des Tiroler COVID-19-Gesetzes in keinster Weise präjudiziert wird.

Dies betrifft insbesondere folgende Bestimmungen:

- § 36 Abs. 3 erster Satz Tiroler Gemeindeordnung 2001 in der Fassung des Art. 3 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz und § 25 Abs. 2 Innsbrucker Stadtrecht in der Fassung des Art. 4 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend Ausschluss der Öffentlichkeit von den Sitzungen des Gemeinderates;
- § 25 Abs. 1a und 1b Beamten- und Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz 1998 und § 22 Abs. 1a und 1b Gemeindebeamten-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz 1998 in der Fassung der Art. 6 bzw. 9 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend Dienst-

unfälle (diese Bestimmungen stellen auf das COVID-Maßnahmengesetz des Bundes ab);

- § 33 Abs. 4 und § 46 Abs. 4 Tiroler Teilhabegesetz in der Fassung des Art. 13 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend den Zeitpunkt der Gewährung von Leistungen bzw. die rückwirkende Erlassung von Verordnungen;
- § 12 Abs. 9 und 10 und § 22 Abs. 13 Tiroler Kinder- und Jugendhilfegesetz in der Fassung des Art. 15 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend Beschäftigungsvoraussetzungen und Inbetriebnahme von Unterkünften;
- § 18 Abs. 7 Tiroler Gesundheitsfondsgesetz in der Fassung des Art. 17 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend Berichtspflichten;
- § 38 Abs. 5 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz in der Fassung des Art. 22 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend die Weitergewährung von Förderungen;
- § 30 Abs. 3 Landes-Polizeigesetz in der Fassung des Art. 32 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend den Sachkundenachweis für Hundehalter;
- Art. II Abs. 2 der TROG-Novelle LGBl. Nr. 110/2019 und Art. II Abs. 5 der TROG-Novelle LGBl. Nr. 122/2019 in der Fassung des Art. 40 Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz betreffend die Festlegung eines späteren Zeitpunktes für das Inkrafttreten von § 37a bzw. § 117 Abs. 3 TROG 2016 über die befristete Widmung als Bauland.

Dr. Dieter Wolf
Abteilung Verfassungsdienst

25.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-4.884.076	-6.088.311	-1.204.236	-24,66
Lohnsteuer	20.615.329	21.830.928	1.215.599	5,90
Kapitalertragsteuer	1.397.242	1.464.674	67.431	4,83
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	578.027	877.140	299.113	51,75
Körperschaftsteuer	205.212	-3.471.995	-3.677.207	-1791,91
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	308	69	-238	-77,54
Stiftungseingangssteuer	12.539	4.525	-8.013	-63,91
Bodenwertabgabe	4.039	9.567	5.528	136,85
Stabilitätsabgabe	-17.958	33.567	51.525	286,92
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	17.910.662	14.660.163	-3.250.498	-18,15
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	19.718.258	16.029.423	-3.688.836	-18,71
Tabaksteuer	1.388.629	1.360.487	-28.142	-2,03
Biersteuer	243.516	222.201	-21.315	-8,75
Mineralölsteuer	4.831.392	4.434.491	-396.901	-8,22
Alkoholsteuer	149.437	117.353	-32.084	-21,47
Schaumweinsteuer	37.124	39.156	2.032	5,47
Kapitalverkehrsteuern	2.349	92	-2.258	-96,10
Werbeabgabe	71.100	71.146	46	0,07
Energieabgabe	1.128.037	587.387	-540.650	-47,93
Normverbrauchsabgabe	357.333	366.668	9.335	2,61
Flugabgabe	52.972	48.822	-4.150	-7,83
Grunderwerbsteuer	11.633.354	11.871.316	237.962	2,05
Versicherungssteuer	1.975.486	1.995.702	20.215	1,02
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.541.251	3.564.755	23.504	0,66
KFZ-Steuer	11.346	11.866	520	4,58
Konzessionsabgabe	191.049	0	-191.049	-100,00
Summe sonstige Steuern	45.332.633	40.720.863	-4.611.770	-10,17
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	63.243.295	55.381.026	-7.862.269	-12,43

26.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	19.131.583	24.049.189	4.917.606	25,70
Lohnsteuer	119.005.118	124.228.295	5.223.178	4,39
Kapitalertragsteuer	7.553.201	7.738.544	185.344	2,45
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.800.375	3.045.511	245.136	8,75
Körperschaftsteuer	40.354.738	38.427.557	-1.927.181	-4,78
Abgeltungssteuern Schweiz	-16	0	16	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	6.509	1.436	-5.073	-77,94
Stiftungseingangssteuer	84.048	38.420	-45.628	-54,29
Bodenwertabgabe	324.180	281.201	-42.980	-13,26
Stabilitätsabgabe	365.137	451.157	86.020	23,56
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	189.624.872	198.261.309	8.636.438	4,55
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	105.269.226	109.297.152	4.027.926	3,83
Tabaksteuer	7.677.459	7.497.974	-179.485	-2,34
Biersteuer	850.350	737.755	-112.594	-13,24
Mineralölsteuer	18.346.093	17.595.714	-750.379	-4,09
Alkoholsteuer	759.362	702.535	-56.827	-7,48
Schaumweinsteuer	126.625	113.809	-12.816	-10,12
Kapitalverkehrssteuern	3.926	11.400	7.473	190,35
Werbeabgabe	494.459	487.409	-7.050	-1,43
Energieabgabe	4.782.927	4.263.612	-519.315	-10,86
Normverbrauchsabgabe	1.789.873	1.957.947	168.074	9,39
Flugabgabe	280.150	289.618	9.469	3,38
Grunderwerbsteuer	52.808.417	59.913.556	7.105.138	13,45
Versicherungssteuer	5.474.088	5.650.458	176.370	3,22
Motorbezogene Versicherungssteuer	9.283.962	9.376.050	92.087	0,99
KFZ-Steuer	273.641	274.760	1.119	0,41
Konzessionsabgabe	1.308.956	1.013.051	-295.905	-22,61
Summe sonstige Steuern	209.529.513	219.182.800	9.653.287	4,61
Kunstförderungsbeitrag	44.407	44.879	473	1,06
Gesamtsumme	399.198.792	417.488.989	18.290.197	4,58
Zwischenabrechnung	7.337.103	-1.273.726	-8.610.829	-117,36
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	406.535.895	416.215.263	9.679.368	2,38

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR MÄRZ 2020		
(endgültiges Ergebnis)		
	Februar 2020	März 2020
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	107,8	108,1
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	119,3	119,7
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	130,7	131,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	144,5	144,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	152,0	152,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	198,8	199,3
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	309,0	309,8
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	542,2	543,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	690,9	692,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	693,2	695,1
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat März 2020 beträgt 108,1 (endgültige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Februar 2020 um 0,3 Punkte gestiegen (Februar 2020 gegenüber Jänner 2020 + 0,2 Punkte). Gegenüber März 2019 ergibt sich eine Steigerung um 1,7 Punkte (+ 1,6 %), für Februar 2020/2019 um 2,3 Punkte (+ 2,2 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck